

Auch die Roma haben Rechte

Die EU ermahnt Frankreich

Brüssel/Paris. Nach umstrittenen Äusserungen von Frankreichs Innenminister Manuel Valls (PS) über die Volksgruppe der Roma hat die EU-Kommission Paris vor Rechtsverstössen gewarnt. Roma hätten wie alle anderen EU-Bürger das Recht, nach Frankreich zu reisen und sich dort aufzuhalten, sagte ein Sprecher der EU-Kommission in Brüssel. Valls hatte gesagt, Frankreich werde seinen Teil beitragen: «Aber wir haben nicht die Aufgabe, das ganze Elend dieser Welt aufzunehmen.» Nur eine Minderheit der Roma sei zur Integration bereit. Die Gruppe der Roma habe «deutlich andere Lebensweisen». Es sei besser, wenn sie beispielsweise nach Rumänien oder Bulgarien zurückkehrten.

In den vergangenen Wochen wurden in Frankreich eine Reihe von Wohnlagern der Roma aufgelöst. Nach Angaben von Amnesty International wurden im ersten Halbjahr 2013 rund 10 000 Roma aus improvisierten Lagern vertrieben.

Der Sprecher der EU-Kommission sagte: «Die Behandlung der Volksgruppe der Roma ist in manchen Mitgliedstaaten dessen nicht würdig, was man im Europa des 21. Jahrhunderts sehen möchte.» SDA

Nachrichten

Frankreich will 15 Milliarden einsparen

Paris. Frankreich will seine Bürger im kommenden Jahr stärker zur Kasse bitten, während Unternehmen entlastet werden sollen. Damit will die sozialistische Regierung die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Über Steuererhöhungen und den Wegfall von Steuerschlupflöchern sollen drei Milliarden Euro eingenommen werden. Das geht aus dem gestern veröffentlichten Haushaltsentwurf 2014 hervor. Zusätzlich sollen über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sechs Milliarden Euro in die Staatskassen fliessen. Zugleich sieht der Etat auch Einsparungen von mehr als 15 Milliarden Euro vor. SDA

Texanische Dauerrede gegen «Obamacare»

Washington. Mit einer Dauerrede im Parlament versucht der republikanische US-Senator Ted Cruz, die Gesundheitsreform von Präsident Barack Obama zu Fall zu bringen. Bis gestern Morgen (Ortszeit) sprach er – mit kurzen Unterbrechungen – über 17 Stunden. Der Texaner will verhindern, dass der Senat einen Gesetzesentwurf des Repräsentantenhauses ablehnt. Die Republikaner hatten dort einen Haushalt verabschiedet – dies aber mit massiven Kürzungen für die Gesundheitsreform verbunden. SDA

Immer tiefere Risse in der syrischen Opposition

Damaskus. In der syrischen Opposition zeichnet sich eine Spaltung zwischen sunnitischen Extremisten und Gemässigten ab: Mehrere radikal-islamische Rebellengruppen distanzieren sich von der vom Westen gestützten Syrischen Nationalen Koalition, die vom Ausland aus agiert. In einer Erklärung von 13 islamistischen Brigaden heisst es: «Alle Gruppen, die im Ausland gegründet werden und die keinen Bezug haben zu dem, was im Land selbst geschieht, werden von uns nicht anerkannt.» Sie riefen zur Durchsetzung der Scharia auf. SDA

Aus für die Zeitung der Muslimbrüder

Kairo. Die ägyptischen Behörden haben zwei Tage nach dem faktischen Verbot der Muslimbruderschaft die Zeitung der islamistischen Organisation geschlossen. Die Polizei stürmte in der Nacht auf gestern die Zentrale der Zeitung «Freiheit und Gerechtigkeit». Seit dem Sturz des den Muslimbrüdern nahestehenden Präsidenten Mohammed Mursi Anfang Juli ist der Druck auf die Muslimbruderschaft massiv gestiegen. Zahlreiche Mitglieder wurden verhaftet oder getötet. SDA



Auf dem heissen Stuhl. Hassan Rohani bei seinem Auftritt vor der UNO-Vollversammlung. Foto Keystone

Netanyahu glaubt Rohani kein Wort

Israels Premier kann mit den moderaten Tönen von Irans Präsidenten nur schlecht umgehen

Von Pierre Heumann, Tel Aviv

Karikaturist Amos Biederman brachte die Stimmung in Israel kurz vor der UNO-Generalversammlung mit einer treffenden Zeichnung auf den Punkt: Benjamin Netanyahu, Israels Premier, geht mit mürrischer Miene aufs Hauptquartier der UNO in New York zu. Unter dem Arm hält er die Darstellung der Bombe, die er vor einem Jahr benutzt hat, um mit einem dicken roten Stift der Welt den Ernst der Lage vorzuführen. Hinter Netanyahu geht der iranische Präsident Hassan Rohani, freundlich lächelnd. Sprechblasen decken Netanyahus Gedanken auf: «Wo ist Ahmadinejad, wenn man ihn braucht?»

Irans Ex-Präsident Mahmud Ahmadinejad war für Israel mit seinen rüpelhaften Reden und groben Beschuldigungen in der UNO-Arena ein leichter Gegner gewesen. Mit seiner wilden Rhetorik hatte er sein Land ins Abseits manövriert. Die Charmeoﬀensive seines Nachfolgers Rohani will das nun korrigieren. «Das macht es für uns schwieriger, vor der Atomgefahr zu warnen», heisst es in Jerusalem.

Dass es in New York nicht zu einem Treffen zwischen Barack Obama und Rohani gekommen ist, registriert man in Jerusalem mit Genugtuung. Es wäre die erste Begegnung eines US-Präsidenten mit einem iranischen Amtskollegen seit der islamischen Revolution vor 34 Jahren gewesen. Man habe sich zwar bemüht, ein Treffen zu organisieren, sagten US-Diplomaten am Rand der UNO-Generalversammlung. Doch die iranische Seite habe einen entsprechenden Vorschlag des Weissen Hauses als «zu kompliziert» abgelehnt.

Israel fürchtet um Sicherheit

Beunruhigt nimmt man in Jerusalem hingegen Obamas Erklärung zur Kenntnis, das Atomproblem auf dem Verhandlungsweg lösen zu wollen. Israel befürchtet, dass dabei seine Sicherheitsinteressen unberücksichtigt bleiben könnten. Kaum hatte Rohani seinen Auftritt vor der UNO-Vollversammlung beendet, warnte Netanyahu davor, die im Vergleich zu Ahmadinejad etwas netteren Worte des iranischen Präsidenten zum Nennwert zu nehmen. Rohanis diplomatische Gesten seien bloss eine

«Nebelwand». Hinter ihr wolle Rohani die nuklearen Ziele weiter verfolgen. In einer Mitteilung bezeichnete Netanyahu die Ansprache von Irans Präsident als «zynisch» und «voller Heuchelei». Rohani habe von Menschenrechten gesprochen, während sich in Syrien iranische Truppen an der Abschichtung unschuldiger Zivilisten beteiligen würden. Er habe zudem behauptet, Irans Atomprogramm diene lediglich zivilen Zwecken, obwohl die Internationale Atomenergie-Organisation sage, Teheran verfolge militärische Ziele.

Rohani, warnt Netanyahu, führe die Politik seines Vorgängers fort. Weder habe er einen Weg zur Beendigung des iranischen Atomprogramms gezeigt, noch habe er Bereitschaft erkennen lassen, den Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrats Folge zu leisten. «Sprechen und Zeit gewinnen», das sei Teherans Strategie, daran habe sich nichts geändert, kommentierte Netanyahu Rohanis Auftritt. Am Ende aber werde die Welt Rohani an seinen Taten messen und nicht an seinen Worten.

Die israelische Delegation bei der UNO hatte von Netanyahu die Anwei-

sung erhalten, vor Rohanis Rede den Saal zu verlassen. Damit solle der Anschein von Legitimität vermieden werden, begründete die Regierung den Boykott.

Von Wirtschaftskrise getrieben

Israelische Medien haben Rohanis Auftritt ausführlich und meist kritisch kommentiert. Der iranische Präsident sei unter Druck, meint zum Beispiel das Massenblatt «Yedioth Ahronot». Er müsse den Westen möglichst rasch zum Ende der Wirtschaftssanktionen bewegen. Sie seien für Teheran das dringendste Problem – «und Obama wäre gut beraten, diese Not auszunutzen». Rohani sei zwar zu «pragmatischen, zielorientierten» Verhandlungen bereit. Rohani lasse sich aber nicht darüber aus, was er unternehmen werde, um allfällige Zusagen überprüfbar zu machen. Es sei deshalb alles andere als sicher, dass Rohani die Kluft zu Washington überbrücken werde. Amerika und Iran hätten zwar den Prozess der Annäherung begonnen, aber das gegenseitige Misstrauen sei gross, heisst es im «Haaretz».

Nächstes Ziel ist ausgerechnet Europa

Die Euro-kritische «Alternative für Deutschland» setzt auf die Wahlen zum europäischen Parlament

Von Patrick Marcolli, Berlin

Hans-Olaf Henkel zögert. Die Frage, ob er vom Resultat der «Alternative für Deutschland» (AfD) eher enttäuscht oder darüber erfreut gewesen sei, lässt ihn einen Moment innehalten. Mit 4,7 Prozent hat die Euro-feindliche Partei bei den Bundestagswahlen nur ein halbes Jahr nach ihrer Gründung zwar ein beeindruckendes Ergebnis eingefahren. Andererseits hat es eben auch knapp nicht ins Parlament gereicht.

Henkel, bundesweit bekannter Manager, Autor und prominentester Anhänger der AfD, weicht schliesslich aus: «Viele Menschen haben die AfD nicht gewählt, weil sie sich von den Meinungsforschungsinstituten aufs Glatteis haben führen lassen», sagt er im Gespräch mit der BaZ. Will heissen: Die Meinungsforschungsinstitute hätten die Partei im Vorfeld der Wahlen bewusst klein gehalten. Diese These vertrat in den vergangenen Wochen immer wieder auch Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, einer der drei Sprecher der AfD und ihr wichtigstes Gesicht. Überhaupt hat die Partei im Wahlkampf gerne kleinere oder grössere Verschwörungstheorien gepflegt: Gegen sich sah



Hans-Olaf Henkel.

sie einen feindlichen Verbund von arrivierter Politik, den Medien und natürlich «Brüssel». Andererseits aber, so sind sich auch neutrale Kommentatoren in Deutschland einig, haben die von allen grossen Parteien mitgetragene Euro-Rettungspolitik und das Diktum von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), ihr Weg sei «alternativlos», geradezu nach der Gründung einer Euro-kritischen Partei geschrien. Daraus entstanden ist eben die AfD, die sich in ihrem Parteiprogramm zuvorderst gegen die europäische Gemeinschaftswährung wendet.

Stimmen von links und rechts

Aus den ersten Wahlanalysen wird ersichtlich, woher die AfD ihre rund zwei Millionen Stimmen holte. Sechs von zehn AfD-Wählern gaben an, ihre Stimme dieser neuen Vereinigung nicht aus Überzeugung, sondern aus Enttäuschung über die anderen Parteien gegeben zu haben. Die AfD ist mehrheitlich

also eine Protestpartei. Zudem konnte sie, an deren Spitze vor allem akademisches Personal steht, viele Stimmen in der Arbeiterschicht holen. 430 000 Wähler vermochte sie der FDP abspenstig zu machen, 340 000 von der Linkspartei, dazu konnte sie 210 000 ehemalige Nichtwähler mobilisieren. Sie ist also auch eine überparteilich abgestützte Vereinigung. Die AfD-Wähler sind zudem mehrheitlich männlich und kommen aus Ostdeutschland: In den Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg erreichte die Partei über sechs Prozent Wähleranteile.

Unter den Teppich gekehrt

Gerade die Tatsache, dass viele ehemalige Linke die Partei wählten, kommt den AfD-Verantwortlichen nur allzu gelegen in ihrem Versuch, den Vorwurf des Rechtspopulismus zu widerlegen. In ihrer Immigrationspolitik aber – man möchte nur noch überwiegend Hochqualifizierte in Deutschland einwandern lassen und «ungeordnete Zuwanderung in die Sozialsysteme» verhindern – ist ein starker Rechtsdrall nicht zu leugnen. Hans-Olaf Henkel widerspricht jedoch vehement: «Die Methode der Verunglimpfung wird wohl mit dem

Erfolg der AfD nun noch zunehmen: Politik und Medien wollen die Partei kleinhalten und versuchen deshalb, sie in die rechte Ecke zu drängen.»

Als Nächstes stehen im Mai die Wahlen zum europäischen Parlament an. Hier sieht Henkel eine grosse Chance, denn es gilt lediglich die Drei-Prozent-Hürde. Zudem habe die AfD gegenüber allen anderen deutschen Parteien einen grossen Vorteil: «Sie war die einzige Partei, die in diesem Bundestagswahlkampf den Euro und die EU zum Thema gemacht hat, während alle anderen das Thema unter den Teppich kehrten.»

Ein für die AfD erfolgreicher Verlauf der Europawahl wäre laut Henkel ein vielversprechender Start für die folgenden Landtagswahlen und die nächste Bundestagswahl. Diese sieht er übrigens noch vor Ende der Legislatur kommen: «Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Grosse Koalition aus Union und SPD nicht über die nächsten vier Jahre hält, erachte ich als ziemlich gross.» Dass die FDP nicht mehr im Bundestag vertreten sein wird, sei für die AfD eine grosse Chance: Sie müsse eine Partei der Freiheit sein, eine Art FDP – aber mit einer anderen Euro-Politik.